

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Integrationsrates am 23.10.2012
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	3
1 Projekt des Mütterzentrums der AWO im Auftrag der Stadt Meerbusch	3
2 Teilraumentwicklungsplan für die Böhler-Siedlung in Meerbusch-Büderich	3
3 Zwangsehe	4
4 Anträge und Anfragen	4
5 Termin der nächsten Sitzung: 20. November 2012	4
6 Verschiedenes	5

Sitzungsort: Bommershöfer Weg 2-8, Meerbusch-Osterath, II. Etage, Sitzungsraum

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:22 Uhr

Anwesend:

Stellv. Vorsitzende/r

Frau Ingrid Maas Ratsmitglied

Mitglieder

Frau Marie-Luise Eichhorst Integrationsrat

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Herr Dr. Eberhard Hartung Integrationsrat

Frau Mary Bernadette Weihs Integrationsrat

von der Verwaltung

Frau Bettina Scholten Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Anja Flintrop Fachbereich 2

es fehlen:

Vorsitzender

Herr Hayrettin Polat Integrationsrat

Mitglieder

Herr Mohammad Al Jawhar Integrationsrat

Herr Trevor Bannon Integrationsrat

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Frau Loukia Hatzi Integrationsrat

Frau Helga Hermanns Ratsmitglied

Frau Ariane Jung Integrationsrat

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

Frau Sarah Winter Ratsmitglied

Öffentliche Sitzung

1 Projekt des Mütterzentrums der AWO im Auftrag der Stadt Meerbusch

Frau Olga Weinknecht vom Mütterzentrum der AWO Mönchengladbach stellt das neue Projekt „Spaß an Kultur“ vor.

Neben der grundsätzlichen Finanzierung des Mütterzentrums durch die Stadt und die Arbeiterwohlfahrt Mönchengladbach, erhält das zum 1.1.2012 begonnene Projekt eine Förderung durch die „Aktion Mensch“. Angelegt auf drei Jahre zielt das Konzept auf Kinder ab, die aus einkommensschwachen, bildungsfernen Familien mit Migrationshintergrund stammen und in der Böhlersiedlung leben. Durch Aktionen wie Koch- und Ernährungskurse, Theatergruppe, Kunstkurs und einen Computerkurs soll den Kindern die unterschiedlichen Kulturen nähergebracht, ihre Selbstbehauptung gestärkt und ihre Sprachkenntnisse ausgebaut werden. Der Einsatz von kompetenten Kursleitern begünstigt die Attraktivität der Angebote und die kontinuierliche Teilnahme der Kinder. So konnte ein Regisseur mit Migrationshintergrund für die Theatergruppe gewonnen werden, eine Künstlerin sowie eine Kulturpädagogin leiten den Kunstkurs und ein Ökotrophologe leitet den Koch- und Ernährungskurs.

Ursprünglich auf 50 Kinder angelegt, erfreut sich das Projekt inzwischen so großer Beliebtheit, dass die derzeit 150 Anmeldungen zu Kapazitätsproblemen führen. Derzeit nehmen 78 Kinder an den einzelnen Aktivitäten teil und 60 Kinder stehen auf der Warteliste.

Eine geplante mehrsprachige Kinderbibliothek kann aus Platzproblemen augenblicklich noch nicht umgesetzt werden. Bücherspenden in den Sprachen türkisch, polnisch, russisch und arabisch wurden bereits eingesammelt und warten nun auf ihren Einsatz. Darüber hinaus ist eine Demokratiegruppe geplant, die auch auf Initiative des neuen Vermieters der Böhlersiedlung unter dem Motto „Kinder melden sich zu Wort“ Verbesserungsvorschläge für die ehemalige Böhlersiedlung erarbeiten soll.

Neben der Beschäftigung mit den Kindern stellt die Elternarbeit einen weiteren, wichtigen Schwerpunkt des Konzeptes für das Projekt „Spaß an Kultur“ dar. So beteiligen sich die Eltern der jungen Kursteilnehmer an den Aktionen und treffen sich regelmäßig, um Kostüme zu nähen, Theaterkulis- sen zu bauen, oder um Rezepte aus der Heimat nachzukochen.

Nach ausführlicher Darstellung des Projektes durch Frau Weinknecht bittet Stellv. Vorsitzende Maas darum, den Integrationsrat über die Aktivitäten auf dem Laufenden zu halten und über evtl. öffentlichen Aktionen, wie einer Theatervorführung, zu informieren, damit Mitglieder des Integrationsrates die Gelegenheit haben, daran teil zu nehmen.

2 Teilraumentwicklungsplan für die Böhler-Siedlung in Meerbusch-Büderich

Herr Hüchtebrock stellt den derzeitigen Stand der Beratung hinsichtlich des zukünftigen Standortes des Familienzentrums Am Sonnengarten vor. Zur Zeit ergäben sich neben dem Verbleib auf dem bisherigen Gelände noch folgende drei Alternativen:

- 1) Standort Bürgerwiese am AWO Gebäude
- 2) Standort Badener Weg/Laacher Weg
- 3) Standort Römerstraße/Am Kniekamp.

Herr Hüchtebrock erläutert, alle drei Standorte hätten eine eigene Problematik, deren Abwägung derzeit die politischen Gremien beschäftige. Die kurzfristige Prüfung und Beurteilung der Standorte, insbesondere bezüglich der Kostenschätzung, sei sehr schwierig, da jeder Standort nur mit einem anderen Baukörper zu realisieren sei. Bislang werde seitens der Verwaltung der Standort Laacher Weg favorisiert. Herr Hüchtebrock verdeutlicht kurz die wesentlichen Vor- bzw. Nachteile der jeweiligen Standorte.

Stellv. Vorsitzende Maas bedankt sich für die Ausführungen und erklärt, dass der Integrationsrat nach Vorlage des Ergebnisses der verwaltungsseitigen Prüfung ggfs. eine Stellungnahme zur Standortfrage abgeben werde und bittet um die rechtzeitige Information über den Stand der Entscheidungen.

3 Zwangsehe

Stellv. Vorsitzende Maas informiert über das am 17.03.2011 vom deutschen Bundestag verabschiedete Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat.

Formal liegt eine Zwangsheirat vor, wenn einer der Partner mit der Verheiratung nicht einverstanden ist und seine Zustimmung nicht erteilt hat, bzw. sich genötigt fühlte die Zustimmung zu erteilen. Das neue Gesetz sieht einen eigenen Strafbestand gegen die Zwangsheirat vor und stärkt die Rechte der Opfer. So erhalten ausländische Opfer von Zwangsehen ein eigenes Wiederkehrrecht nach Deutschland, wenn sie nach Beendigung der Ehe in ihr Heimatland zurück geschickt werden. Früher erlosch der Aufenthaltstitel der/ des Betroffenen nach 6 Monaten automatisch. Die Mindestbestandszeit der Ehe für die Erlangung eines eigenen Aufenthaltstitels, wurde mit dem neuen Gesetz auf 3 Jahre herauf gesetzt, jedoch ist es jetzt möglich bei Vorliegen von Härtefällen wie zum Beispiel häusliche Gewalt, von dieser Frist abzuweichen. Voraussetzung hierfür ist jedoch das Stellen einer Strafanzeige. Diese Voraussetzung stellt für viele Opfer eine große Hürde dar, da sie Angst haben, ihre Ehepartner oder die Familie anzuzeigen, die für ihre Situation verantwortlich sind. Hilfs- und Beratungsangebote können hier die Betroffenen unterstützen. In Düsseldorf existiert zu diesem Zweck ein Runder Tisch zum Thema „Gewalt in der Familie“ der eine Untergruppe mit dem Schwerpunkt Migrantinnen hat. (siehe Flyer „Düsseldorfer Prävention“). Das Beratungsangebot kann auch von Betroffenen aus anderen Städten genutzt werden. Der Rhein-Kreis Neuss plant derzeit eine Beratungsstelle zu diesem Thema. Weitere Informationen zu Beratungsstellen siehe Flyer „Sexuelle Gewalt“.

4 Anträge und Anfragen

Es liegen keine Anträge und Anfragen vor.

5 Termin der nächsten Sitzung: 20. November 2012

6 Verschiedenes

Austausch der Integrationsräte im Kreis

Frau Azizaj vom Integrationsrat der Stadt Neuss stellt sich vor. Sie berichtet von ihrer Initiative einen regelmäßigen Austausch der Integrationsräte im Kreis zu installieren und erkundigt sich nach dem Interesse des Integrationsrates der Stadt Meerbusch daran teil zu nehmen. Der Integrationsrat der Stadt Neuss habe bereits zu Beginn des Jahres 2012 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Beabsichtigt sei zunächst ein Treffen der Vorsitzenden sowie ihrer Stellvertreter, evtl. unter Einbeziehung der geschäftsführenden Stellen. Auch Grevenbroich hätte bereits Interesse bekundet. Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung. Der Integrationsrat erklärt sich im Einvernehmen mit der Geschäftsstelle zudem bereit, ggf. das erste Treffen auszurichten.

Sitzungstermine 2013

Zur Planung der Sitzungstermine im nächsten Jahr werden verwaltungsseitige Terminvorschläge zur ersten Ansicht an die Mitglieder des Integrationsrates per Mail versandt und in der nächsten Sitzung am 20.11.2012 abgestimmt.

Asylantenzahlen in Meerbusch

Frau Scholten führt zunächst aus, auch der Verwaltung lägen bislang leider keine anderen Fakten als die laut Presse veröffentlichten Zahlen vor. In Meerbusch seien im Jahr 2012 bis Ende Oktober bereits 42 Zuweisungen und Asylfolgeverfahren zu verzeichnen. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres seien lediglich 33 Personen zugereist. Dies entspräche somit immerhin einer Steigerung von 37%. Bei einer Gesamtkapazität von Wohnraum für ca. 120 Personen, seien derzeit 105 Personen in den Übergangwohnheimen in Meerbusch untergebracht.

Austritt von Herrn Bannon

In einem Brief vom 17. Okt. 2012 hat Herr Bannon mit sofortiger Wirkung seinen Austritt aus dem Integrationsrat erklärt. Aufgrund dauerhafter Tätigkeit im Ausland hält er diesen Schritt für notwendig und wünscht dem Integrationsrat weiterhin Erfolg. Nach diesem erklärten Austritt durch Herrn Bannon prüft die Verwaltung nunmehr, inwieweit ein anderer Bewerber nachrücken kann.

Plakatwand „Künstler gegen Ausländerfeindlichkeit“

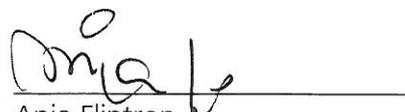
Zum 20 jährigen Jubiläum der Plakatwand im Jahre 2013 ist eine gemeinsame Aktion zwischen dem Künstler und dem Integrationsrat angedacht. Eine erste Absprache wird auf der Sitzung des Integrationsrates im Februar 2013 erfolgen, zu der Herr Schmitz-Linkweiler eingeladen werden soll.

Haushaltsplanung 2013

Die Vorbereitung der Haushaltsberatung für die nächsten Sitzung am 20.11.2012 erfolgt durch die Ratsmitglieder des Integrationsrates.

Meerbusch, den 6. Dezember 2012


Ingrid Maas


Anja Flintrop
Schriftführer/in

